Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Vollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 214 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 1.- Reichspfennig. — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto. — | Halver Donnerstag, den 12. September | Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Des Landmanns Sonntagsblatt", „Herd u. Scholle„ — „Für unsere Frauen" und am Abend". — | 1929

Die Organisation der Bombenleger

Sprengstoffattentate aufgeklärt.

Zahlreiche Verhaftungen.

Die groß angelegte Tätigkeit der Polizei im Verlauf der in der letzten Zeit in verschiedenen Gegenden Deutschlands ausgeführten Sprengstoffattentate hat jetzt zu einem Erfolg geführt. Das Netz der Untersuchung breitete sich über Schleswig-Holstein, Hamburg, Hannover und Berlin aus und wurde besonders enger gezogen nach den letzten Anschlägen in Lüneburg und am Reichstag in Berlin. Der Verdacht richtete sich gegen einen bestimmten Kreis von Personen, die zum Teil schon bei der Ermordung Rathenaus unter Beobachtung gestanden hatten oder direkt beteiligt gewesen waren.

In der Nacht auf Dienstag wurde in Krempe bei Itzehoe ein angeblicher früherer Polizeihauptmann Nickel festgenommen. Er war mit einem Automobil nach Krempe gekommen und sollte in Heide beheimatet sein. Vorher hatte Nickel sich bei einem Kaufmann in Hamburg vorübergehend aufgehalten und bei ihm ein Paket hinterlassen.

Bei Nachsuchung in der Wohnung des Hamburger Kaufmanns wurde eine Höllenmaschine, die mit einem Zeitzünder versehen und in eine Zigarrenkiste eingebaut war, in gebrauchsfertigem Zustande vorgefunden. Der Kaufmann wurde ebenso wie Nickel nach Altona gebracht, wo in der Hand des die Nachforschungen leitenden Polizeipräsidenten Eggerstedt die Fäden zusammenliefen.

Das Auto, mit dem Nickel gekommen war, wurde bereits von Lüneburg ab verfolgt, entzog sich aber für kurze Zeit der Beobachtung, konnte jedoch vor Krempe wieder entdeckt werden. Den mitgeführten verdächtigen Gegenstand hatte Nickel bei dem Bankbeamten Karl Albert Pünjer abgegeben, wo er beschlagnahmt wurde. Nickel gab zu, die Höllenmaschine mit sich geführt und an Pünjer abgegeben zu haben.



Polizeipräsident Eggerstedt,
in dessen Händen die Fäden der Untersuchung zusammenlaufen

Die Persönlichkeit Nickels.

Nickel, der sich als Polizeihauptmann a. D. bezeichnete, ist der Leiter der Wach- und Schließgesellschaft in Heide. Den Titel eines Polizeihauptmanns hat er sich selbst zugelegt. In der Zeit der oberschlesischen Wirren stellte er dort eine Abwehrkompagnie auf und bezeichnete sich als Hauptmann. In der Wohnung Nickels in Heide fand man verbrannte Papiere, die zurzeit noch untersucht werden. Nickel ist 1890 in Westholstein geboren, soll sich später als Supernumerar in Stuttgart aufgehalten und der Organisation „Consul" nahegestanden haben.

Festnahmen in Schleswig-Holstein.

Im Verlauf der weiteren Untersuchung wurde festgestellt, daß Nickel vor seiner Verhaftung das Redaktionslokal der Zeitung Das Landvolk in Itzehoe besucht hatte. Die Zeitung wurde besetzt und sowohl die beiden Redakteure, Bruno von Salomon und Kühl, wie der Syndikus Weschke und der Korrektor Wilhelm Dammang festgenommen, der bereits wegen der Hohenwestedter Attentatsgeschichte sistiert, aber dann wieder freigelassen wurde.

Ferner kam in Haft der angebliche Uhrmacher Hans Plön, der Gold- und Silberarbeiter ist. Man nimmt an, daß er die Höllenmaschinen fertiggestellt hat. Andere Verdächtige sollen sich im Ausland befinden. Der Führer des Ford-Wagens, mit dem Nickel fuhr, wurde als der Landwirt Klaus Hein aus St. Annen erkannt und ebenfalls in Gewahrsam genommen. Man glaubt, auch der bekannte Landvolkführer Hamkens aus Neumünster stehe in enger Verbindung mit dem Attentate. Er sowohl wie der Geschäftsführer Muthmann sind in den Händen der Polizei.

Die Berliner Verhaftungen.

In Zusammenhang mit den Holsteiner Verhaftungen wurden in Berlin Haussuchungen und Festnahmen vorgenommen. Zunächst verhaftete die Polizei mehrere Personen unter dem Verdacht der Teilnahme an dem Sprengstoffattentat. Festgenommen ist Ernst von Salomon, der Bruder des Itzehoer Redakteurs der Zeitung Das Landvolk. Ernst von Salomon wohnte unangemeldet bei einem Dr. Saltinger. Ferner der Geschäftsführer Werner Lasch und Hans Gerd Techow. Hans Gerd Techow ist der Bruder des Werner Techow, der zu 15 Jahren Zuchthaus wegen Beteiligung an der Ermordung Rathenaus verurteilt ist und gegenwärtig seine Strafe verbüßt. Der jüngere Hans Gerd stand dazu auch in Beziehungen und wurde wegen Beihilfe zu vier Jahren und einem Monat Gefängnis verurteilt.

Im Jahre 1927 gehörte Hans Gerd Techow zu dem Kreis um Ehrhardt, gegen den ein Verfahren wegen Fortsetzung des verbotenen Wikingbundes eingeleitet war. Das Verfahren wurde infolge der Amnestie von 1928 eingestellt. Verhaftet wurden dann noch in Berlin einige Personen, die sich mit der praktischen Vorbereitung von Sprengstoffanschlägen befaßt haben sollen. Es sind das



Hans Gert Techow — Ernst von Salomon

der Hilfsrevisor Erich Thimm, der Arbeiter Herbert Nickelsdorf, der Schlosser Kurt Roßteutscher und der Mechaniker Heinrich Bauer. Ernst von Salomon bezeichnete sich als Schriftsteller und hatte in Berlin drei verschiedene Wohnungen. Verdächtige Zusammenkünfte der beteiligten Personen sollen in Berlin wiederholt stattgefunden haben.

Einige der Inhaftierten sollen bereits umfassende Geständnisse abgelegt haben. Die Vernehmungen dauern an, weitere Verhaftungen sollen in Aussicht stehen. Im Bureau Ehrhardts in der Lützowstraße, das von früheren Mitgliedern der Organisation „Consul" geleitet wird, fand eine Durchsuchung statt. Das schriftliche Material wurde beschlagnahmt, die Sekretärin namens Sonja Lankes verhaftet.

Auch ein Kaufmann Georg Kruschke und ein ehemaliger Feuerwerker Wilske befinden sich unter den Berliner Verhafteten. Die Zeitung Das Landvolk in Itzehoe ist verboten; sie ist das Organ der bäuerlichen schleswig-holsteinischen sogenannten Landvolkbewegung, steht aber in Gegensatz zu der nationalsozialistischen Bewegung und hat keine Beziehungen zu dieser.

Auto IP 35088.

Zu den Verhaftungen in der Bombenaffäre.

Nach den ersten drei Attentaten richtete sich der Verdacht gegen einen bestimmten Personenkreis, der auch bei der Ermordung Rathenaus und dem Anschlagversuch auf Severing die Hand im Spiele hatte. Es wurden alle Sprengstücke gesammelt und die fraglichen Personen genau beobachtet. Aber nicht nur die Personen wurden überwacht, sondern auch die Landstraßen und Wege, hauptsächlich die Einmündungsstraßen von und nach Altona. Zuerst wurden die Wagen im geheimen überwacht, d. h. Beamte schrieben die Nummern auf, während die Wagen vorüberfuhren. Dies ging aber auf die Dauer nicht, denn viele Wagen fuhren ein so schnelles Tempo, daß die Nummern nicht genau ersichtlich waren. Darauf wurden die Straßen durch die bekannten rotweißen Pfähle verbaut, um Pflasterarbeiten vorzutäuschen. Die vorüberfahrenden Wagen waren auf diese Weise gezwungen, langsam zu fahren, wodurch es möglich wurde, alle Nummern zu notieren. So konnte man beobachten, daß immer wieder die gleichen Wagen vorüberfuhren, wenn irgendwo ein Attentat erfolgt war. Der Kreis der verdächtigten Wagen und Personen verdichtete sich immer mehr; hauptsächlich der Wagen IP 35088 erregte den Verdacht der Überwachungsbehörden. Es wurde festgestellt, daß der Wagen mit einem verdächtigen Gegenstand nach dem letzten Attentat in Lüneburg nach Heide unterwegs sei. Ein Beamter nahm auf einem Motorrad die Verfolgung auf, doch entschwand der Wagen den Blicken des Verfolgers, der durch eine Panne an der Weiterfahrt gehindert wurde.

Am Dienstag früh erhielt das Polizeipräsidium die Meldung, daß der verdächtige Wagen in Krempe stehen sollte. Es wurde Befehl erteilt, daß die Insassen verhaftet werden sollten. Als Insasse konnte der angeblich ehemalige Polizeihauptmann Hans Friedrich Nickels ermittelt werden. Nickels war aber nach Hamburg gefahren und hatte den Wagen in Krempe stehen lassen. Die Nachforschungen in Hamburg ergaben, daß Nickels den verdächtigen Gegenstand mit nach Hamburg genommen hatte und bei dem Bankbeamten Karl Alfert Pünjer abgegeben hatte. Die Polizei erschien nun überraschend bei Pünjer und fand im Bücherschrank eine völlig betriebsfertige Bombe, wie sie ähnlich auch bei den letzten Anschlägen Verwendung gefunden hatte. Bei seiner Rückkehr nach Krempe wurde Nickels verhaftet und gab auch zu, das verdächtige Paket — die Höllenmaschine — bei Pünjer abgegeben zu haben.

Neue Verhaftungen.

Die unter dem Verdacht der Beteiligung an den Bombenattentaten festgenommenen Personen, zu denen noch ein Kaufmann Johnsen hinzugekommen ist, bestreiten mit Ausnahme des verhafteten Nickel, der den Transport einer Bombe nach Hamburg zugegeben hat, sämtliche die ihnen zur Last gelegten Handlungen. Die in Itzehoe Verhafteten sind sämtlich streng getrennt in Polizeiautos nach Hamburg transportiert und in Einzelzellen untergebracht worden. In verschiedenen Fällen sind bei ihnen falsche Pässe vorgefunden worden.

In Berlin wurden in einem Café in der Leipzigerstraße der 25jährige Vertreter Horst von Salomon, der 27jährige Kurt Heinz von Winterfeldt und der 29jährige Flugzeugführer Willi Eichler festgenommen, weil sie sich in verdächtiger Weise über die Bombenattentäter unterhielten. Sie wurden der Abt. I A des Polizeipräsidiums zugeführt.

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Das Reichskabinett bestimmte in seiner Mittwochsitzung die deutsche Delegation, die in Paris mit den Vertretern Frankreichs über die Rückgabe des Saargebietes an Deutschland verhandeln soll. Führer der deutschen Delegation ist Staatssekretär a. D. v. Simson.

* Dem Berliner Universitätsprofessor Bonnhöfer ist eine geniale Entdeckung geglückt, durch die große Vorteile für die Gewinnung von Gasolin und für die Petroleumindustrie erreicht werden sollen. Amerikanische Wissenschaftler nennen die Entdeckung des deutschen Forschers die größte Erfindung von 1929.

* Die Nachforschungen der Polizei haben zur Aufdeckung eines weit verzweigten Komplotts geführt, das die verschiedenen Bombenattentate der letzten Zeit veranlaßt haben soll. In Holstein und in Berlin sind zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden.

* Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Hoover, hat unter Zustimmung der Staatssekretäre die strengste Untersuchung über die abrüstungsfeindliche Propaganda der amerikanischen Schwerindustrie angeordnet.

Dunkle Wege.

„Politik und Geschäft" — diese unsympathische Verbindung ist wohl mehr oder weniger in allen Staaten der Welt eine des öfteren recht intime. So manches Mal ist sie aber auch für die Geschicke der Völker recht verhängnisvoll geworden. Sie scheut das Licht der Öffentlichkeit, wandelt recht dunkle und häufig nicht sehr saubere Pfade. Und wenn man von „Politik und Geschäft" spricht, dann müßte man eigentlich genauer sagen: Politiker und Geschäftsmann. Man ist sehr empfindlich geworden gegen Äußerungen dieser Verbindung und selbst in Amerika, wo die geschäftliche Moral viele Hemmungen nicht kennt, die man im alten Europa für selbstverständlich hält, wird eine allzu große politische „smartness", also Gerissenheit, übel empfunden, wenn sie — aufgedeckt wird.

Fälle dieser Art sind aber in Amerika durchaus keine Seltenheit und geschäftstüchtige Politiker kleinen oder großen Formats wachsen recht zahlreich aus dem Boden empor, der von der Sonne des Dollars bestrahlt wird. Das Neueste auf diesem bisher schon mit nicht gerade wenigen Sumpfpflanzen besetzten Gebiet sind die Enthüllungen, die ein Agent, der Marinesachverständige und Ingenieur Shearer, gemacht hat über die finanziell beeinflußten Beziehungen ausgedehnter Art, die zwischen den amerikanischen Schiffswerften und den maßgebenden Persönlichkeiten der Marine bestehen sollen. Anlaß dazu war nicht etwa ein Reinlichkeitsbedürfnis dieses Agenten, sondern — entgangener Gewinn, nicht ausgezahlte Provisionen. Er behauptet überdies, im Auftrage der Werften und mit Zuhilfenahme großer Geldsummen im Amerikanischen Repräsentantenhaus und auch bei anderen Persönlichkeiten, die auf die Fortführung der amerikanischen Rüstung zur See Einfluß haben, im Sinne einer unbedingten Fortführung dieser Rüstungspolitik geworben zu haben. Shearer geht sogar noch weiter. Er behauptet, von vier amerikanischen Admirälen zu seiner Propaganda gegen die allgemeine Seeabrüstung ermuntert und durch die Überlassung geheimer Dokumente derart erfolgreich unterstützt worden zu sein, daß er zu dem Scheitern der Seeabrüstungskonferenz von 1927 zwischen Amerika, England und Frankreich entscheidend hätte beitragen können. Natürlich jagen sich nun die Erklärungen und Dementis. Der Präsident Hoover will von all diesen Vorkommnissen unbedingt den Schleier wegziehen und damit aller Welt kundtun, daß die offizielle amerikanische Friedenspolitik sich nicht durch diese dunklen Machenschaften beeinflussen lassen werde. Außerdem ist im Senat der Antrag gestellt worden, den ganzen Skandal einer parlamentarischen Untersuchungskommission zwecks genauerer Feststellung der Einzelheiten und des Tatsächlichen zu unterbreiten. Solche Untersuchungskommissionen haben sogar in Amerika bisweilen — allerdings recht selten — auch tatsächlich zu einem abschließenden Resultat geführt, doch pflegt sich die Untersuchung meist recht lange hinzuziehen, weil die an ihrer Ergebnislosigkeit interessierten Kreise gewöhnlich über gewaltige finanzielle Mittel und einen sehr erheblichen politischen Einfluß verfügen. So lagen hier die Dinge zum Beispiel auch bei dem berühmten Ölskandal, dem allerdings schließlich sogar ein leibhaftiger Staatssekretär zum Opfer fiel.

Natürlich ist dem amerikanischen Präsidenten Hoover diese Enthüllung eines an den Dingen offenbar intim Beteiligten besonders deswegen peinlich, weil ja zurzeit schon recht weit gediehene Verhandlungen mit England über die Rüstungsbeschränkung zur See im Gange sind und diese Verhandlungen bzw. ihr Resultat den Auftakt bilden sollen für eine Weltverständigung über die Seerüstung im Sinne einer allgemeinen Verminderung der Flottenstreitkräfte. Außerdem — erinnert sei daran, daß die erste, allerdings ziemlich ergebnislose Seeabrüstungskonferenz 1921 in Washington stattfand — haben die amerikanischen Präsidenten Harding, Coolidge und jetzt Hoover trotz der inzwischen durchgeführten Seeaufrüstung Amerikas immer als Träger einer Politik gelten wollen, die über kurz oder lang zu einer Einigung über die Stärke und die Zusammensetzung der verschiedenen Flotten führen sollte. Wiederholt sind entsprechende Konferenzen von den amerikanischen Präsidenten einberufen worden, und daß sie scheiterten, wurde von Amerika immer den beiden europäischen Mächten England und Frankreich zum schweren Vorwurf gemacht. Infolgedessen hat man in Washington das dringendste Interesse daran, durch eine genaue Untersuchung den Verdacht zu beseitigen, als sei diese ganze Abrüstungspolitik nur eine ziemlich grobe Finte, auf die man in Europa zweckmäßigerweise nicht hereinfallen sollte.

In diesem Zusammenhange muß übrigens noch darauf hingewiesen werden, daß erst der Weltkrieg Amerika zu einer Flottenmacht größeren und die Nachkriegszeit zu einer solchen ganz großen Stiles gemacht hat, so sehr, daß nach nicht allzu langer Zeit bei der Durchführung des bisherigen amerikanischen Schiffbauprogramms der englische Vorsprung eingeholt sein wird. Da würde es natürlich für die dortigen in Frage kommenden Industrien eine schwere geschäftliche Einbuße bedeuten, wenn es zu einer Kürzung dieses Programms oder gar zu einer völligen Einstellung von Schiffsneubauten kommen würde. So kann man es zwar nicht billigen, wohl aber verstehen, daß diese Industrie auf dunklen und nicht gerade sauberen, aber vielleicht erfolgversprechenden Wegen versuchte, die Abbaupläne zu hintertreiben.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Vorbereitungen zur Räumung.

Die Vorbereitungen für die Räumung der von den englischen Truppen besetzten Teile der dritten Zone im Rheinland sind im Gange. Die Räumung beginnt am 14. September. Soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, wird die Räumung von Königstein am 27. September und von Bad Schwalbach am 28. September beendet sein. Von französischen Truppen werden beide Orte nicht wieder belegt, so daß sie mit dem Abzug der englischen Truppen endgültig geräumt sind. Die Gesamträumung der englischen Zone, also auch von Wiesbaden und Bingen, wird etwa am 13. Dezember 1929 abgeschlossen sein.

Steigender Ertrag der Kraftfahrzeugsteuer.

Nach einer Zusammenstellung des Reichsverbandes der Automobilindustrie sind im Laufe des Steuerjahres 1928 insgesamt 181 337 998 Mark aufgebracht worden, so daß der Voranschlag von 160 Millionen Mark um 21 Millionen überschritten wurde. Demgegenüber belief sich der Ertrag der Kraftfahrzeugsteuer kurz nach Beendigung der Inflation im Jahre 1924 auf 51,5 Millionen Mark und auch das folgende Jahr 1925 brachte nur eine geringe Erhöhung auf 58,4 Millionen Mark. Es ist zu erwarten, daß die steigende Tendenz des Aufkommens aus der Kraftfahrzeugsteuer auch in den folgenden Jahren anhalten wird, da mit einer weiteren Vermehrung des Bestandes an Kraftfahrzeugen zu rechnen ist.

Die Besprechungen zur Reform der Arbeitslosenversicherung.

Zur Reform der Arbeitslosenversicherung haben entsprechend den Entschließungen über vorübergehende Aussetzung der letzten Beratungen des Reichsrats bereits Mittwoch Besprechungen zwischen den in erster Linie beteiligten Reichs- und preußischen Staatsministern stattgefunden. Diese Besprechungen werden fortgesetzt.

Großbritannien.

Die Unterschlagungen bei der Verwaltung des fremden Eigentums.

Angesehene Persönlichkeiten in London dringen auf eine strenge amtliche Untersuchung bei den angeblichen Durchstechereien bei der Verwaltung des fremden beschlagnahmten Eigentums. Auf Grund der bisherigen Untersuchung sind bereits zwei höhere Beamte entlassen. Das Geheimnis des Verbleibs der fehlenden Gelder ist ungelöst und anscheinend dem Amte selbst nicht klar.

Aus In- und Ausland

Berlin. Der Reichspräsident empfing den deutschen Botschafter in Paris, Dr. von Hoesch.

Berlin. Der Rechtsausschuß des Reichstages ist für Donnerstag, den 19. September, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des Gesetzentwurfes zur Regelung älterer staatlicher Renten.

Bremen. In auswärtigen Blättern ist die Meldung erschienen, daß das Schulschiff des Deutschen Schulschiffvereins „Großherzogin Elisabeth“ an Polen verkauft sei. Von zuständiger Stelle wird hierzu erklärt, daß die Meldung in keiner Weise den Tatsachen entspricht.

London. Ministerpräsident Macdonald hat für sich und seine Tochter für den 28. September Plätze für die Überfahrt nach Amerika auf der „Berengaria“ belegen lassen.

Helsingfors. Generaldirektor Solitander und Dr. Pittaeniemi werden am kommenden Sonnabend zur Fortsetzung der Handelsvertragsverhandlungen nach Berlin abreisen.

Melbourne. Die australische Regierung Bruce erlitt im Parlament mit 35 gegen 34 Stimmen eine Niederlage. Mehrere Nationalisten stimmten mit der Arbeiterpartei gegen die Regierung. Das Parlament wird wahrscheinlich aufgelöst. Im Mittelpunkt der inneren Politik steht die Arbeitergesetzgebung.

Die Ausführung des Young-Planes.

Beginn der Kommissionsarbeiten.

In kurzer Zeit sollen die bei der Haager Konferenz vorgesehenen Kommissionen zusammentreten, um die Ausführung der Beschlüsse in Angriff zu nehmen. Der Bankausschuß will bereits am 23. September seine Arbeiten zur Begründung der Internationalen Bank beginnen, und zwar wahrscheinlich in Berlin. Es wird darin neben dem Reichswirtschaftsministerium auch die Reichsbank vertreten sein. In einem besonderen Unterausschuß sollen die Angelegenheiten der Reichsbahn beraten werden. Zwei deutsche Beamte sind dazu delegiert. Für das Bankkomitee haben die Leiter der sieben Zentralbanken von Deutschland, Frankreich, England, Italien, Belgien, Japan und den Vereinigten Staaten je zwei Mitglieder zu ernennen.

„Graf Zeppelin“ gestartet.

Friedrichshafen, 11. September.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist um 23,18 Uhr zur Deutschlandfahrt, an der 24 Passagiere teilnehmen, glatt gestartet. Reichsverkehrsminister Stegerwald, der vom Luftschiffbau zu dieser Fahrt eingeladen worden war, nimmt nicht daran teil.

Halver, 12. September 1929.

Heute früh kurz nach 5 Uhr verkündeten die Sirenen der Freiw. Feuerwehr und die Dampfpfeife der Firma Wilh. Lüsebrink das Herannahen des Luftschiffes Graf Zeppelin. Alsbald war alles auf den Beinen, Alt und Jung, um das Riesenluftschiff zu bewundern. Trotz des Tagesgrauen konnte man das Luftschiff schon in weiter Ferne beobachten, wie es über der Stadt Lüdenscheid eine Schleife fuhr und dann abschwenkend östlich an dem Ort Halver (Richtung Carlshöhe) nach dem Rheinland in langsamer majestätischer Fahrt seinen Weg in das Rhein. Westf. Industriegebiet nahm. Deutlich konnte man die Lichter an der vorderen Gondel erkennen, wie sie im Morgengrauen blinkten. — Gegen 8 Uhr war das Luftschiff von Elberfeld-Barmen kommend in der Richtung Breckerfeld nochmals sichtbar. — Die Schulen hatten aus Anlaß des Zeppelinbesuches für den heutigen Tag schulfrei.

Drei weitere Ausschüsse werden sich mit der Regelung der Sachlieferungen, der Verteilung der deutschen Zahlungen zwischen den Gläubigermächten und mit der Regelung der finanziellen Forderungen der osteuropäischen und österreichischen Nachfolgestaaten zu befassen haben. Diese letzten Kommissionen sollen in Paris zusammentreten.

Vor Schluß der Völkerbundversammlung.

Die Schiedsgerichtsbarkeit.

In der letzten allgemeinen Aussprache der Völkerbundversammlung zu Genf gab der australische Delegierte eine mit großem Interesse aufgenommene Erklärung ab zur Fakultativklausel der obligatorischen Gerichtsbarkeit. Er sagte, angesichts des wahrscheinlich bevorstehenden Regierungswechsels in Australien könne er sich zwar noch nicht bestimmt äußern zu dieser hochpolitischen Frage. Aber Australien sei bereit, an den wirtschaftlichen Aufgaben des Völkerbundes mitzuarbeiten. Jedoch müsse immer bedacht werden, daß 27 nichteuropäische Staaten dem Völkerbund angehören, deren Interessen nicht unbedingt immer gleich gingen mit den europäischen Interessen.

Der rumänische Außenminister Mironescu wiederholte die Bereitschaftserklärung Rumäniens, mit seinen Nachbarstaaten Sicherheitsverträge einzugehen. Die Unterzeichnung der Schiedsgerichtsklausel hätte die rumänische Regierung bereits in Aussicht genommen. In der Frage der Abrüstung erhoffe er einen guten Ausgang der begonnenen englisch-amerikanischen Verhandlungen und das Zustandekommen einer Abrüstungskonferenz.

In den nächsten Tagen sollen die sechs Kommissionen der Völkerbundversammlung tagen, namentlich in bezug auf die Kohlen- und Zolltariffragen. Die Abrüstungskommission begann bereits ihre Verhandlungen und es verlautet, England werde grundsätzlich dem deutschen Standpunkt in dieser Beziehung beitreten.

Um die Befreiung der Saar.

Verhandlungen in allernächster Zeit.

Das Reichskabinett in Berlin befaßte sich in seiner am Mittwoch unter dem Vorsitz des Reichsministers Doktor Wirth stattgefundenen Sitzung mit der Zusammensetzung der deutschen Delegation, die in allernächster Zeit in Paris über die Rückgabe des Saargebiets an Deutschland mit Frankreich verhandeln soll. Die Führung dieser Delegation wird Staatssekretär Dr. von Simson übernehmen. Beigeordnet werden ihm Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Ministeriums für die besetzten Gebiete, des Reichsfinanzministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums sowie Beauftragte Preußens und Bayerns.

Man behält sich vor, je nach dem Fortschritt der Verhandlungen noch weitere Vertreter anderer Reichsstellen abzuordnen. Sichergestellt wird die enge Zusammenarbeit der Delegation mit den Korporationen der Unternehmer und der Gewerkschaften sowie der sonst beteiligten Kreise des Saargebiets und der benachbarten deutschen Gebietsteile.

Von Frankreich ist mit der Führung der französischen Delegation für diese Verhandlungen der Direktor des französischen Handelsministeriums, Elbel, betraut worden.

Die unbeliebte Einheitsbewertung.

Entgegenkommen bei der Vermögensbesteuer

Entgegenkommen bei der Vermögensbesteuerung.

In Erledigung einer Entschließung des Reichstages hat der Reichsfinanzminister dem Reichstag eine Denkschrift über die Einheitsbewertung des landwirtschaftlichen Vermögens und der zwangsbewirtschafteten Grundstücke auf den 1. Januar 1928 übermittelt. Nach eingehenden Ausführungen über die Bewertungsmethode wird zusammenfassend festgestellt, daß die in den Beschwerden gegen die Einheitsbewertung 1928 aufgestellten weitgehenden Behauptungen nicht zutreffend seien, und daß keineswegs die Rede davon sein könne, daß die Einheitswerte willkürlich ermittelt seien. Die Gruppen von Fällen, in denen die Bewertung zu hoch erscheine, und deren Zahl gegenüber der Millionenzahl der bewerteten Objekte unbedeutend ist, dürften nicht zu der Forderung führen, ein richtiges Bewertungssystem zu verlassen. Hierauf glaube die Reichsregierung auch gegenüber der Entschließung hinweisen zu müssen, in der für die Landwirtschaft eine Herabsetzung der Vermögenssteuer auf die Hälfte gefordert werde. Das Steueraufkommen würde dadurch um etwa 50 Millionen sinken.

Wenn somit die Beschwerden über die Einheitswerte grundsätzlich nicht als gerechtfertigt anerkannt werden könnten, so könne doch andererseits nicht übersehen werden, daß in gewissen Gruppen von Fällen die Erhebung der Vermögenssteuer auf Grund der festgesetzten Einheitswerte zu unbilligen Härten führen könne. Die Finanzämter seien daher für diese Fälle zu einem Entgegenkommen aus Billigkeitsgründen angewiesen worden.

Nationalisierung des Kohlenbergbaues in England?

Die Arbeitslosigkeit.

Der Minister für öffentliche Arbeiten. Lansbury, nahm in einer Rede zu der Frage der Arbeitslosigkeit Stellung und kam dabei auch auf die Forderung der Nationalisierung des Kohlenbergbaues zu sprechen. Er machte den Vorschlag, daß alle Bergbaubesitzer sich zu einer großen nationalen Gesellschaft zusammenschließen sollten. Es sei sicher, daß das gegenwärtige Parlament für den Fall, daß die englischen Bergbaubesitzer in Erkenntnis ihrer schwierigen Lage einem solchen Vorschlag zustimmten, dieses Unternehmen in derselben Weise unterstützen werde, wie es beschlossen habe, die Eisenbahnen zu unterstützen.

Macdonald wandte sich in einer Rede im Bergbaugebiet an die Bergwerksgesellschaft und bedauerte die Halsstarrigkeit der Kohlengrubenbesitzer. Er begreife nicht, warum sie auf einem Zustand beständen, der niemals den Frieden bringe, den alle wünschten. Man müsse nationale Vereinbarungen treffen. Würden die Bergwerksbesitzer dabei bleiben, der Vereinigung der Bergbauarbeiter die Anerkennung zu versagen und die Annahme einer nationalen Vereinbarung abzulehnen? Die Besitzer sollten den Mut haben, den Menschen von heute anders entgegenzukommen. Macdonald wies darauf hin, daß neue Gesetze für die Kohlenindustrie zu erwarten seien.

Die Vereinigten Staaten von Europa.

In amerikanischem Licht.

In den amerikanischen Blättern wird der Plan eines „Paneuropas“ als ein Schritt zur Einigung Europas besprochen, der die Vereinigten Staaten um so weniger beunruhigen könne, als geraume Zeit vergehen werde, bis der bescheidene Plan Dr. Stresemanns zur Ausführung gelange, von Briands größeren Projekten gar nicht zu reden. Im übrigen könne jede Förderung der Wohlfahrt des europäischen Kontinents für die Vereinigten Staaten nur nützlich sein. Es liege nicht im Interesse Europas, gegen die Vereinigten Staaten aufzutreten. Die Vorbesprechungen könnten wohl eine geschichtliche Bedeutung gewinnen, denn die Paneuropa-Idee habe nunmehr ein Programm erhalten, um das sich alle Gegner eines extremen Nationalismus scharen könnten. Es sei nicht abzustreiten, daß eine gewisse mit Neid gemischte Bitterkeit gegen die Vereinigten Staaten Briands Plan wesentlich unterstütze, indessen dürfe nicht behauptet werden, daß die Paneuropa-Idee gegen die Vereinigten Staaten gerichtet sei. Mit einem solchen Eingeständnis würde auch zugegeben werden, daß der amerikanische Zolltarif und die amerikanische Wirtschaft gegen Europa gerichtet seien.

Die Arbeitslosigkeit nicht weiter gestiegen.

Zunahme der Gelegenheitsarbeit.

Die Kurve der Arbeitslosigkeit ist in der Woche vom 2. bis 7. September zunächst nicht weiter gestiegen. Die allmählich einsetzende Nachfrage der Landwirtschaft nach Arbeitskräften für die Hackfruchternte, saisonmäßige Belebung in verschiedenen Zweigen des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes und der Bekleidungsindustrie schufen für das Gesamtbild noch einen Ausgleich gegenüber dem Beschäftigungsrückgang in einer Reihe von Industrien.

In den Bezirken Nordmark, Schlesien, Bayern, Pommern und Brandenburg war eine leichte Entlastung des Arbeitsmarktes festzustellen; die stärksten Zugänge an Arbeitslosen hatten Niedersachsen, Mitteldeutschland, Westfalen, danach Ostpreußen, Rheinland, Hessen und Sachsen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, die bekanntlich nicht mit der Gesamtziffer der Arbeitslosen gleichzusetzen ist, hat gegenüber der Vorwoche nur einen minimalen Zuwachs erfahren. In den meisten Bezirken ist zurzeit die Lage für weibliche Berufe im ganzen günstiger als für männliche.

Die Klagen über die Zunahme kurzfristiger Arbeitsverhältnisse, die schon in der Vorwoche laut wurden, wiederholen sich in verstärktem Maße. Von den verschiedenen Berufsgruppen sind an diesen Arbeitsverhältnissen von kürzester Dauer besonders beteiligt der Musikerberuf, das Verkehrsgewerbe, das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und auffälligerweise das Vervielfältigungsgewerbe.

Die Forderungen der „Grünen Front“.

Das Reichsernährungsministerium antwortet.

Zu dem Manifest der „Grünen Front“ teilt das Reichsernährungsministerium u. a. mit: über all die Fragen, die in dem genannten Schreiben in politischer Zuspitzung vorgetragen werden sind bereits praktische Maßnahmen in die Wege geleitet worden. Zur Finanzierung der Erntebewegung sind sowohl dem Getreidehandel wie den Warengenossenschaften besondere, gegenüber dem Vorjahre erhöhte Kreditmöglichkeiten eröffnet worden. Die Getreidehandelsgesellschaft ist in die Lage versetzt worden, in besonders umfangreichem Maße Stützungskäufe vorzunehmen. Ferner sind der Landwirtschaft erhöhte Saisonkreditmittel seitens der Rentenbankkreditanstalt über die ihr angeschlossenen Kreditinstitute zur Verfügung gestellt worden.

Zuzugeben ist, daß der Roggenpreis jetzt wesentlich ungünstiger ist als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Auch hier sind aber Maßnahmen getroffen worden, von deren Bekanntgabe allerdings im Interesse der Landwirtschaft selbst abgesehen werden muß. Die vorgeschlagenen Hilfsmaßnahmen hinsichtlich des Kartoffelmarktes erfordern nach den Wünschen der Antragsteller ein Kapital von insgesamt 35 Millionen Mark. Der Erlaß der Rentenbankzinsen wird, wie wohl keinem zweifelhaft sein kann, nur möglich sein, wenn der Young-Plan zur Durchführung gelangt.

Das Ministerium hat nicht versäumt, rechtzeitig und zwar bevor die Verhandlungen im Haag begannen, geeignete Vorschläge auf Beseitigung der Rentenbankzinsen dem Kabinett vorzulegen, die nicht nur in diesem sondern auch außerhalb Zustimmung fanden. und voraussichtlich die Grundlage für die endgültige Beseitigung abgeben werden.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 12. September 1929.

Das Spiel ist aus!

Die große Ziehung der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie ist beendet. Es gibt viele Glückliche, denen Fortuna hold war. Mit zahlreichen Gewinnen, dem Großen Los und der Prämie sind viele bedacht worden, die das Geld wirklich brauchen können, Arbeiter und kleine Leute, denen die netten Sümmchen zur Verschönerung des Daseins und zur Erleichterung des Lebenskampfes ins Haus kamen. Viele andere wurden enttäuscht. Wie hatten sie auf einen Gewinn gehofft! Welche Pläne wurden ge-

Unendlich vielen Schaden hat man der Wirtschaft ferner zugefügt durch die Erhebung der Hauszinssteuer, die man gern unter einem anderen Namen verewigen möchte. Diese Steuer kann man ruhig ein großes Volksenteignungsverfahren nennen. Der bebaute Grundbesitz ist ein in strenger Arbeit und äußerster Sparsamkeit zusammengetragenes Volksgut. Der private Zinsendienst diente immer unserer Wirtschaft und speiste sie immer wieder von neuem. Würde man nach der Inflation diesen Zinsendienst wieder in Funktion gebracht haben, so hätte man heute viel bessere Zustände. Die Erhaltung des Mittelstandes hängt davon ab, ob die Hauszinssteuer erhalten bleibt oder nicht. Ist es doch ein unerhörter Zustand, daß das Volk heute für seine in Jahrzehnte langer Sparsamkeit erworbenen Vermögen dem Staat seine Zinsen bezahlen muß. In der Inflation nahm das Reich unser Geld und jetzt von unserem verlorenen Geld die Zinsen. Darf so ehrliche Arbeit belohnt werden?

Die Haus- und Grundbesitzervereine und die Mietervereine sind es doch, welche hier enteignet werden. Warum bekämpft Ihr Euch? Ihr habt gemeinsame Interessen! Wehrt Euch dagegen! Es sind schon viele, sehr viele Artikel in allen Zeitungen geschrieben worden, die die Notstände aller Berufe klargelegt haben. Man hat schon Finanzämter gestürmt, Gerichtsvollzieher bedroht, ja, in letzter Zeit versucht man es mit Bomben, Aenderungen herbeizuführen. Viele haben leider durch wirtschaftliche Not in Verzweiflung Hand an sich gelegt. Das alles nützt nichts. Helfen kann uns nur die gemeinsame Erkenntnis, daß es so nicht weiter gehen kann und auch nicht weiter gehen darf. So richte ich denn an alle die Bitte, zu folgenden Vorschlägen Stellung zu nehmen:

Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Industrie, Landwirtschaft und allen Berufen, schart Euch zusammen. Es gilt durch gemeinsames Handeln wieder gutzumachen, was Uneinigkeit verdorben hat. Ich möchte mich hier kurz fassen, obwohl noch vieles zu sagen wäre. Es muß gefordert werden:

Eine auf äußerster Sparsamkeit aufgebaute Verwaltungs- und Besoldungsreform. Aufhebung des Beamtenbesoldungsgesetzes von 1927, einschl. aller Gehalts- und Lohnerhöhungen nach dem 1. 1. 28 in der Privatwirtschaft. Außerdem müssen alle Gehälter über Reichsmark Fünftausend um 10% gekürzt werden. Diese 10% müssen bei Reichsmark Siebentausend erreicht sein. Alle Gehälter über Reichsmark Zehntausend müssen um 25% gekürzt werden. Diese 25% müssen bei Reichsmark Fünfzehntausend erreicht sein. Alle Beamten, welche nach dem Kriege, mit Ausnahme Schwerkriegsbeschädigter, aus den Parteilagern in den Beamtenstand eingeschoben worden sind, müssen in ihrem Beruf zurückkehren. Alle Renten und Pensionen sind so zu kürzen, daß Reichsmark Zehntausend die Höchstgrenze ist. Die Hauszinssteuer muß radikal beseitigt werden. Die Friedensmiete ist wieder herzustellen. Alle bisherigen Baudarlehen aus der Landesversicherungsanstalt, aus der Angestelltenversicherung und den Provinzial-Feuersozitäten sind von 5 auf 3% zu ermäßigen, weil in den neu erbauten Häusern auf die Dauer die Miete von keinem Arbeiter getragen werden kann.

Wenn diese fühlbare Entlastung für uns alle eingetreten ist, können und müssen wir uns bereit finden, wieder eigenes Kapital zu schaffen. Hierzu bedarf es der Zusammenfassung aller Volkskräfte. Niemand darf zurückstehen. Der Gesetzgeber hat uns alles genommen, das Volk hat alles willig geopfert, nun ist er auch verpflichtet, dem Volk wieder etwas zukommen zu lassen. Notwendig ist, daß jeder gewerblich tätige von 18—65 Jahren 2% von seinem Einkommen spart und zwar durch Gesetz dazu verpflichtet wird. Durch diese Maßnahme sind wir in der Lage, uns innerhalb 10 Jahren frei zu machen von der alles beherrschenden Macht des internationalen Großkapitals. Die Erwerbslosenheere werden dadurch der Arbeit wieder zugeführt. Wir haben solange unsere Pflicht nicht getan, so lange nicht der letzte Erwerbslose wieder Arbeit und Verdienst hat und damit seine wertvolle Arbeitskraft in den Dienst der Allgemeinheit stellen kann.

Zum Schluß bitte ich noch einmal ganz besonders die Arbeiterschaft, nicht im Winkel zu stehen und zu knurren und zu schimpfen! Hier gilt es, große Not abzuwehren! Nun zeigt Interesse für Eure eigene Sache und nehmt Stellung!

Ich bitte um Verbreitung.

Georg Dunkel.

Turnen, Spiel und Sport.

—:—: **Halver,** den 12. Sept. **Fußball.** Als letztes vor den diesjährigen Meisterschaftsspielen trägt die 1. Mannschaft des Spiel- und Sportvereins Halver 1911 am kommenden Sonntag auf dem Sportplatz Karlshöhe ein Gesellschaftsspiel mit der 1. Bezirks-Liga-Reserve Hagen 11 aus, letzterer ein nicht zu unterschätzender Gegner. Halver stellt die Mannschaft ins Feld, die die diesjährige Meisterschaft auskämpfen wird. Wie wir sehen, ist also mit einem schönen Kampf zu rechnen. Anstoß 4 Uhr.

Diesem Spiel voraus, um 2 Uhr, spielt ebenfalls auf der Karlshöhe die 3. Mannschaft Lüdenscheid 08 gegen die 2. von Halver. Da auch letztere, besonders in letzter Zeit, schöne Spiele zeigte, so wird auch sie das Interesse an diesem Spiel wach halten.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 11 September.

Glückliche Gewinner.

Berlin. Am letzten Tage der Ziehung der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie fiel die Prämie von 500 000 Mark auf das Los Nr. 127 183 nach Berlin, wo es in Achteln von Arbeitern und Kleingewerbetreibenden gespielt wird, und nach Köln, wo es in Vierteln gespielt wird. In Berlin teilen sich den Gewinn zwei Gießereiarbeiter, zwei Bureaugehilfen, zwei Unterbeamte und eine Witwe

Erste Rate der Kleinrentnerbeihilfe.

Berlin. Von den im Etat 1929 eingestellten 35 Millionen für die Kleinrentnerfürsorge sind jetzt als erste Rate den Ländern 10 Millionen Mark überwiesen worden. Sie dienen zum Ersatz der Mehrkosten, die den Ländern durch die vom Reich angeordneten Verbesserung der Kleinrentnerfürsorge entstehen. Für Einzelbeihilfen und für allgemeine Einrichtungen der Kleinrentnerfürsorge dürfen sie nicht Verwendung finden.

Zusammenarbeit zwischen Handwerk und Genossenschaften.

Stuttgart. In der Schlußsitzung des 66. Deutschen Genossenschaftstages gab Dr. Meusch, Generalsekretär des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, bekannt, daß der Reichsverband des deutschen Handwerks mit seinen gesamten Mitgliedern und Körperschaften aus innerster Überzeugung zu einer engeren Gemeinschaftsarbeit mit den Genossenschaften und dem Deutschen Genossenschaftsverbande bereit ist. Der Redner schloß mit dem Wunsche, daß diese Gemeinschaftsarbeit auch Erfolg habe.

Ungeklärte Fieber — Erkrankungen im Kreis Sprottau.

Sprottau. Wie der Kreisarzt mitteilt, sind in der Gegend von Oberleschen (Kreis Sprottau) in der letzten Zeit Fiebererkrankungen zu beobachten gewesen, von denen bis heute über 50 Personen ergriffen worden sind. Die Erkrankungen, die epidemisch auftreten und wahrscheinlich auf den Biß eines Insekts zurückzuführen sind, verlaufen verhältnismäßig leicht, doch sind Rückfälle nicht selten.

Schiedsgerichtsvertrag zwischen Deutschland und Luxemburg.

Genf. Reichsaußenminister Dr Stresemann hat kurz vor seiner Abreise mit dem luxemburgischen Staatspräsidenten Bech gemeinsam einen Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag zwischen Luxemburg und Deutschland unterzeichnet.

Ein belgischer Dampfer gesunken — 14 Seeleute ertrunken.

Vlissingen. Der belgische Dampfer „Estella", der sich auf der Fahrt von Antwerpen nach Hansweert befand, ist auf der Westerschelde bei Walsoorden mit einem anderen scheldeaufwärtsfahrenden Dampfer, anscheinend deutscher Nationalität, zusammengestoßen und sofort gesunken. Ungefähr 14 Mann, darunter auch der Kapitän, sind ertrunken. Nach den bisherigen Feststellungen konnten nur der erste Maschinist und ein Matrose, die längere Zeit auf dem Wasser trieben, gerettet werden.

Feuersbrunst in einer rumänischen Stadt.

Targoviste (Rumänien). Im hiesigen serbischen Viertel wurden durch eine Feuersbrunst drei Straßen in Asche gelegt. Den Flammen sind auch große Erntevorräte und Futtermittel zum Opfer gefallen. Feuerwehr und Militär konnten wegen des starken Windes des Brandes erst nach achtstündiger Tätigkeit Herr werden. Etwa 1000 Einwohner sind obdachlos geworden. Der Schaden ist außerordentlich hoch. Die Betroffenen sind zum größten Teil serbische Gemüsegärtner.

Eröffnung des Internationalen Krankenversicherungskongresses.

Zürich. Hier wurde der Internationale Krankenversicherungskongreß eröffnet, an dem 100 Delegierte von 32 Verbänden von Krankenkassen teilnahmen, die 30 Millionen Versicherte vertreten. Die Delegierten kamen aus 18 Staaten.

Blutiges Drama in der Eifel.

Monschau (Eifel). Hier wurde ein Dachdeckergeselle und ein 17jähriges Mädchen mit Kopfschüssen bewußtlos aufgefunden. Beide waren noch kurz vorher auf der Kirmes gesehen worden. Der junge Mann ist im Krankenhause gestorben; auch die Verletzung des Mädchens ist lebensgefährlicher Natur.

Zwei neue polnische Handelsdampfer.

Kattowitz. Der schlesische Woiwode hat zwecks Erweiterung der polnischen Handelsflotte aus dem schlesischen Schatz die Mittel für den Ankauf von zwei Handelsdampfern für die polnische Handelsflotte bewilligt. Die Dampfer sollen ein Fassungsvermögen von 1200 bzw. 7000 Tonnen haben.

Das Ende des Deserteurs.

Kattowitz. In den Fürstlich Pleßschen Wäldern in der Nähe von Emanuelsegen wurden die Überreste einer Leiche gefunden. Nach umherliegenden Kleidungsstücken zu urteilen handelt es sich um einen polnischen Deserteur, der Selbstmord durch Erhängen begangen hat.

Verhaftungen in der Nizzaer Attentatsaffäre.

Nizza. Die Polizei von Antibes hat drei Personen verhaftet, die an dem Anschlag teilgenommen haben sollen, der kürzlich nach einem Bankett ehemaliger italienischer Frontkämpfer in Nizza verübt wurde.

Offizielle Untersuchung der Shearer-Propoganda.

Washington. Gemäß der Empfehlung des Marineausschusses hat der Bundessenat offiziell die Einleitung einer Untersuchung über die propagandistische Tätigkeit der amerikanischen Schiffbaugesellschaften bei der Genfer Marineabrüstungskonferenz von 1927 angeordnet.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Wahlen 1929.

In Rücksicht auf die bevorstehenden Kommunalwahlen wird darauf hingewiesen, daß für eine ordnungsmäßige Aufstellung der Wahllisten unbedingte Innehaltung der meldepolizeilichen Vorschriften gefordert werden muß. Insbesondere gilt dies auch von Ummeldungen innerhalb der Gemeinden bezw. des Amtes. Es wird deshalb dringend anheimgestellt, evtl. unterlassene Meldungen nachzuholen, damit die ordnungsmäßige Eintragung in die Wählerlisten gesichert ist.

Halver, den 9. September 1929.

Der Bürgermeister.

Badeanstalt

Ledigenheim G. m. b. H.

Dahlerbrück

für Wannen- und Brausebäder

vorläufig täglich bis 19 Uhr geöffnet.



„Mensch-so viele Eier?"
„Kein Wunder, ich füttere:
„Ovator!"

Geflügel-Kraftfutter u. Legefutter (Eiermehl)
WESTDEUTSCHE MÜHLE · KRAFTFUTTERFABRIK
DÜSSELDORF-HAFEN · GEGRÜNDET 1906.

Alleinvertretung:

Bürger & Lausberg, Halver,

Telefon 326.

Kartoffel-Mangen,
Kartoffel-Weidenkörbe,
Kartoffel-Drahtkörbe,
Kartoffelsäcke

empfiehlt:

C. Zimmermann,
Ohl-Rönsahl.
Telefon Nr. 11 Rönsahl.

Theke mit Marmorplatte u. Glasaufsatz
und ein
Konfitüren-Schrank
170×140
abzugeben.

Näheres in der Geschäftsst. des Allgemeinen Anzeigers Halver.

Wilhelm Bell jr.
Halver in Westfalen
Kirchstraße 5 / Fernsprecher 42

Buch- und Akzidenzdruckerei

Zeitungsverlag

Herstellung und Lieferung sämtlicher Drucksachen in Schwarz- und Buntdruck.
Spez.: Kataloge u. Preislisten

Spezial-Haus für Betten

Wäsche und Aussteuer
Steppdecken, Matratzen
Reform-Unterbetten
Metallbettstellen
Kinderbetten, Bettfedern
Halbdaunen und Daunen
Dampf-Bettfedern
Reinigungs-Anlage

Aug. Vollmerhaus, Kierspe-Bhf.



Große Auswahl Gute Qualität. Orthopädisches Lager, Gamaschen Rabatt. Teilzahl. Fachm. Bedienung Werkstatt mit elektr. Betrieb.

Etagengeschäft A. Wolfram, Kierspe-Bhf.

Tausche
Kartoffel gegen neue Uhren
Uhrmacher Brüser,
Bollwerk, Post Oberbrügge.

Grünenbaum b. Halver.

Am Sonntag, dem 15. September nachm. 4 Uhr findet in meinem Saale ein

Konzert

mit nachfolgendem

Ball

statt. Eintritt zum Konzert frei.

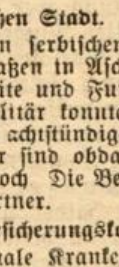
Zu zahlreichem Besuch ladet ein:
Carl Krefting.

Bei guter Witterung findet das Konzert im Freien statt.



Stellung in bürgerlichen Häusern

erlangen Sie durch ein Inserat in dieser Zeitung, die von allen Bürgern gern gelesen wird, die gewohnt sind Personal aller Art zu beschäftigen.



Freiw. Feuerwehr Neuenhaus.

Sonntag, 15. Septemb. morgens 7 Uhr

Uebung.

Das Kommando.

Ordentliches

Mädchen

welches schon in besseren Häusern gewohnt hat, für die Küche

nach Lüdenscheid zum 1. oder 15. Oktober

gesucht.

Näherer zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung in Halver, Fernruf 42.

Ehrliches zuverlässiges

Mädchen

nicht unter 20 Jahre, welches sämtliche Hausarbeiten verrichten kann, **für sofort oder 1.** [illegible]

gesucht.

Frau Emil Nölle,
Lüdenscheid
Parkstraße 35.

Ein in allen Hausarbeiten erfahrenes tücht. ev.

Mädchen

wird in einem frauenlosen Etagen-Haushalt ohne Kinder **zum sofortigen Eintritt**

gesucht.

Vorstellung bei
Frau Draut,
Oberbuschhausen b. Halver.

Verbandsartikel

Größte Auswahl, Ia. Qualität.

Drogerie
C. Baukloh,
Kierspe-Bahnhof.
Fernruf: 72 Amt Meinerzhagen.

„Die dramatische Versöhnungsszene."

Presseäußerungen zur Genfer Rede Stresemanns.

Die Rede Stresemanns in Genf wird von der Presse als sehr bedeutsam gewürdigt und von vielen Blättern nach den Erklärungen Macdonalds und Briands als weiterer Beitrag zur Friedenspolitik bezeichnet. Besonders wird die bei aller Festigkeit maßvolle Art des Vortrags hervorgehoben und besonders die Zustimmung zum Briandschen Vorschlage einer Neuorganisation Europas unterstrichen.

Der Außenpolitiker des „Matin" nennt die Rede Stresemanns sehr bedeutsam. Man könne seine Darlegungen in zwei Gruppen teilen. Die eine habe einen traditionellen Charakter und stelle die Ansichten der Wilhelmstraße über die Entwicklung Europas dar, die sie vorzubringen für geschickt halte. Die andere Gruppe der Darlegungen sei das persönliche Werk Stresemanns, ein Werk eines Ministers, der vorwärtsschreite und versuche, die Ereignisse von hoher Warte aus zu beurteilen, indem er mit gutem Willen an dem gemeinsamen Unternehmen mitarbeite und sich von kleinen Nachkriegslisten befreie.

Auch in der englischen Presse findet die Rede Stresemanns starke Beachtung. So schreibt der „Daily Herald": Wir stimmen mit Dr. Stresemann überein, daß eine dringende Notwendigkeit für eine Beseitigung der wirtschaftlichen Grenzen Europas und für die Befreiung des Handels und der Industrie von den Beschränkungen der hohen Schutztarife besteht. Das Blatt betont, daß der Völkerbund nicht der wirtschaftliche Wortführer eines Kontinents allein werden dürfe, sondern alle Kontinente vertreten müsse. Der schließliche Beitritt der Vereinigten Staaten von Amerika sei wesentlich für den vollen Erfolg. Es wäre jedoch zwecklos, amerikanische Unterstützung zu erwarten, wenn Genf einen europäischen Wirtschaftsbund errichtete, der nur als ein feindlicher Schritt angesehen werden könnte. Es würde mehr als Wahnsinn sein, ihn zu tun.

Im „Daily Telegraph" heißt es: Die Aufnahme der Rede Dr. Stresemanns sowie ihr Inhalt sind charakteristisch für die neuen internationalen Verhältnisse, die in diesem Monat in Genf enthüllt worden sind. Eine Ansprache wie die Stresemanns, der die volle Freundschaft und Mitwirkung seines Landes mit allen Mitgliedsstaaten zusagte, hätte von keinem deutschen Delegierten bei irgendeiner Tagung des Völkerbundes vor dem Beschluß über die Rheinlandräumung kommen können. Dies schwebte zweifellos allen vor, als die Delegationen und die dichtbesetzten Tribünen der dramatischen Versöhnungsszene — denn nur als solche konnte sie angesehen werden — zwischen Stresemann und Briand nach Beendigung der Rede Stresemanns Beifall spendeten. Was Briand besonders willkommen war, war zweifellos die herzliche Unterstützung, die im Namen der deutschen Regierung seinem Gedanken von den Vereinigten Staaten Europas gewährt wurde.

Oeffentliche Bausparkassen.

Der Zug nach dem Eigenheim.

Über die öffentlichen Bausparkassen sprach Präsident Dr. Gugelmeier, Mannheim, auf dem Sparkassentag in Königsberg.

Die Frage der Beschaffung von Wohnungen hat schon vor dem Kriege bei sozialpolitischen Erörterungen eine große Rolle gespielt; die Beschaffung der zweiten Hypothek war schon damals schwierig und ist bei dem heutigen Kapitalmangel erst recht schwer geworden. Daher behält die Mittelbeschaffung für den Wohnungsbau auch über die gegenwärtige Wohnungsnot hinaus dauernde Bedeutung. Bei einem jährlichen normalen Wohnungsbedarf von 200 000 bis 300 000 Wohnungen ist die Antwort auf die Frage ohne weiteres gegeben, ob Einrichtungen zur Beschaffung des Baugeldes notwendig sind.

Besonders der Drang nach dem Eigenheim ist in unserem Volke außerordentlich stark. Wie weit wir in der Befriedigung dieses Dranges noch zurück sind, beweist ein Vergleich mit den entsprechenden Zahlen von Amerika. Während dort 69 Prozent der Arbeiterschaft in Eigenheimen wohnen, sind es in Deutschland nur 9 Prozent. Um den Wohnungsbau, besonders von Eigenheimen, zu ermöglichen, haben die deutschen Sparkassen sich entschlossen, öffentliche Bausparkassen einzurichten. Für jeden Bezirk eines Sparkassenverbandes, also für eine Provinz, bei den kleineren Ländern für ein Land, soll im Anschluß an den Verband oder an seine Bankanstalt eine solche Kasse eingerichtet werden, bei welcher im Wege des Kollektivsparens die zu diesem Zweck bei den einzelnen Sparkassen einlaufenden Mittel gesammelt und den Bausparern als Hypothekengeld für zweite Hypotheken gegeben wird. Solange die Kapitaldecke in Deutschland noch so knapp und solange fremdes Geld nur unter schweren Bedingungen zu haben ist, können nicht sofort alle Bausparer mit solchen Baudarlehen bedacht werden. Die Auswahl erfolgt daher zunächst durch Auslosung. Erleichtern sich die Geldverhältnisse, so ist das Ziel für späterhin, allen ernsten Bausparern nach einer gewissen kurzen Wartezeit die Hypothekengelder zu beschaffen.

Durch die Gründung besonderer öffentlicher Bausparkassen für die einzelnen Provinzen und Länder und durch die Mitarbeit aller deutschen Sparkassen ergibt sich eine gesunde Dezentralisation des Aufbaus. Die Freizügigkeit der Bausparer innerhalb des ganzen Reiches wird dadurch gewahrt, daß die Bausparverträge alle nach einem Muster abgeschlossen werden und Überweisungen von einer zur anderen öffentlichen Bausparkasse möglich sind. Im Rheinland, in Westfalen, in Hessen, Hessen-Nassau und in Baden sind bereits solche Bausparkassen eingerichtet; in Sachsen, Württemberg und verschiedenen preußischen Provinzen im Werden. Alle diese Einrichtungen geben die zweite Hypothek an die Bausparer zu 4 Prozent Zins und sorgen dafür, daß erforderlichenfalls die Sparkassen die erste Hypothek beschaffen. Voraussetzung ist, daß der Bausparer 20 Prozent der Bausumme, einschließlich des Bodenwertes, besitzt oder sich erspart. Ferner haben sie alle gemeinsam, daß die Bausparer wählen können, ob sie ihre Sparverträge auf 9, 12, 15 oder 18 Jahre abschließen wollen. Je kürzer die gewählte Zeit, um so höher ist natürlich der Spar- und Tilgungsbetrag. Die Verwaltungskosten der öffentlichen Bausparkassen sind deshalb verhältnismäßig gering, weil die fertige Organisation der Sparkassen und ihrer Verbände für die Arbeit zur Verfügung steht. Hinter den öffentlichen Bausparkassen stehen als Haftungsträger die angeschlossenen Sparkassen, Städte und Gemeinden. Diese bedeutungsvolle Haftung gibt den Bausparern die Gewähr, daß ihre Einlagen sicher angelegt sind.

Es ist vorgesehen, daß die Bausparer der öffentlichen Bausparkassen vom Vertrag zurücktreten können, wenn sie zu dessen Erfüllung nicht mehr in der Lage sind. Die Rückzahlung der von ihnen eingezahlten Gelder erfolgt dann in Form einer Zeitrente.

Die Einrichtung der öffentlichen Bausparkassen bildet, wenn sie durch das ganze Reich vollzogen ist, eine einheitliche Organisation zur Beschaffung zweiter Hypotheken für den Wohnungsbau.

Elisabethhöhe.

Glückliche Siedler.

Sosehr von allen Seiten das Siedeln als eine volkspolitische Notwendigkeit für die deutsche Zukunft anerkannt und gewünscht wird, sowenig ermutigend sind die Erfolge einer großen Anzahl von neueren Siedlungsversuchen ausgefallen. Das wird von keiner Seite bestritten, während die Gründe der betrübenden Tatsache je nach der verschiedenen Parteistellung verschieden gedeutet werden. Desto größer ist die Freude, wenn man von einem Siedlungsunternehmen berichten kann, welches einen blühenden und vorbildlichen Erfolg verzeichnen darf, besonders, wenn es in einem von der Natur stiefmütterlich behandelten Landstrich entstanden ist.

Westlich von Potsdam lag mitten im dürrsten märkischen Sande ein achthundert Morgen großes Gut, das seine Besitzer ständig wechselte, weil keiner darauf bestehen konnte. Schließlich wurde es mit öffentlichen Mitteln zur Kleinsiedlung erworben und aufgeteilt. Wer die Gegend kannte und heute wieder des Weges daherkommt, der traut seinen Augen kaum. Eine lange Reihe von schmucken, farbenfreudig leuchtenden Häuschen verkünden dem Wanderer schon von weitem, daß zahlreiche Menschen hier eine Bleibe gefunden haben, wo sie sich wohlfühlen. Jedes Haus ist mit musterhaft in Ordnung gehaltenen Gärtnereianlagen, Beeren- und Strauchobst und strichweise mit bunten Blumenfeldern umgeben. Ein Stück Siedlungsparadies, wie aus einem Bilde geschnitten, breitet sich über die frühere Wüste aus, und was hier geschaffen worden ist, kommt dem Beschauer erst voll zum Bewußtsein, wenn er an den Rand dieser jungen Kulturschöpfung tritt, wo unvermittelt, nur durch den neuen Drahtzaun getrennt, die verwahrloste Steppe beginnt, die früher hier überall bestanden hat. Schierer Streusand, mit ein paar Büscheln Heidekraut, einigen Akazienschossen und von der Sonne gedörrten Quecken halmen bestanden.

Der Gegensatz ist so groß, daß man sich einen Augenblick fragt, ob hier nicht mit großen Mitteln „Potemkinsche Dörfer" vorgezaubert werden, ob das Ganze nicht eine gut vorgetäuschte Theaterkulisse ist. Um sich zu überzeugen, tut man am besten, die Siedler, die in ihren Gärten arbeiten, selber zu befragen: dann wird man erfahren, daß hier wirklich zufriedene Menschen wohnen, die zwar schwer arbeiten müssen, wie es das Schicksal aller ist, die Neuland urbar machen, daß sie aber gern arbeiten, weil sie wissen, daß sie es für sich selbst und ihre Kinder tun, und weil sie sich auskömmlich gesichert fühlen.

Das ehemals nicht lebensfähige Gut ist in lauter geschlossene Parzellen von je zwölf Morgen eingeteilt worden. Die hübschen, hellen Häuser enthalten jedes drei Zimmer, eine Küche und ein Nebengelaß. Dazu gehört, etwas abseits von der Wohnung, noch ein kleiner Stall. Jedes Haus hat Wasserleitung und elektrisches Licht. Die zwölf Morgen Siedlungsland sind in einem zusammenhängenden Rechteck eingezäunt. Die Stellen sind an Siedlungsbedürftige, Kriegsbeschädigte usw. vergeben worden, die sich verpflichtet haben, das Land gärtnerisch zu nutzen. Der Siedler hatte eine Anzahlung von 4000 Mark zu leisten und muß jährlich 560 Mark Rente bezahlen. Dafür wird die Landstelle im Laufe von 60 Jahren das schuldenfreie Eigentum der Familie.

Wenn die Sache so einfach wäre, wenn kein Acker dabei wäre, warum macht man es dann nicht überall so und löst das vielbesprochene Siedlungsproblem nach diesem Muster ein- für allemal? — so wird der Zweifler fragen, der darüber Bescheid weiß, wie viele Siedlungsunternehmungen bisher verunglückt sind. Nun, die Sache hat in der Tat ihr Aber. Die Siedler, die zum Teil keine für den rationellen Erwerbsgartenbau ausreichende Vorbildung mitbringen, sind gehalten, sich der Beratung durch die Obstbauschule der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer zu unterwerfen. Sie werden dadurch daran verhindert, unzweckmäßig und mit Verlust zu wirtschaften. Zwei Morgen ihres Landes müssen sie als eine Art von Rentabilitätsversicherung mit Spargel bepflanzen. Sie sind ferner zu einer Zwangsgenossenschaft zusammengeschlossen und genießen also die Vorteile, die durch die genossenschaftliche Einigkeit vielen ausländischen Landwirten in so reichem Maße zufließen, während in Deutschland das ländliche Genossenschaftswesen noch so wenig entwickelt ist.

Das ist das große Geheimnis. Von zwölf Morgen märkischen Sandes kann eine fleißige Familie leben und kann es zu Wohlstand bringen; nur muß sie richtig wirtschaften und wissen, wie und wann sie den immer aufnahmefähigen, nahe gelegenen Berliner Markt mit ihren Erdbeeren, ihrem Buschobst, ihren Tomaten, Blumen usw. beschicken muß. Das hat natürlich nur Zweck zu einem Zeitpunkt, an dem diese Waren in der Großstadt begehrt und hoch bezahlt sind und wenn sie in Güte und Aufmachung den Wettbewerb jeder ausländischen Konkurrenz aushalten.

Dank der richtigen Anleitung sind die Siedler in der Lage, aus ihrem Boden einen Bruttoertrag von rund 1000 Mark je Morgen herauszuwirtschaften. Freilich sind im Anfang, bis die Kulturen heranwachsen, die Gestehungskosten auch hoch, an Arbeit darf durchaus nicht gespart und mit Wasser muß beinahe Verschwendung getrieben werden. Was aber unter solchen Umständen die Kleinsiedlung leisten kann, das verraten einige aus der Wirklichkeit gegriffene Zahlen: Von dem ehemaligen Gute sind nach Abzug des Flächenbedarfes für die neuangelegten Straßen usw. 600 Morgen für die Siedlung bestimmt worden. Diese 600 Morgen erbrachten früher rund 50 Mark der Morgen, also im ganzen 30 000 Mark, denn auf mehr als fünf Zentner Roggen je Morgen konnten die früheren Besitzer auf ihrem Flugsand nicht rechnen. In der neuen, intensiven Bewirtschaftung der kleinen Parzellen, überwiegend durch Spatenkultur, erbringt dieselbe Gesamtfläche einen Rohertrag von 600 000 Mark. Es ist also nicht zuviel behauptet, wenn man Elisabethhöhe, das sich durch seine Leistungen in den nächsten Jahren zweifellos zu einer Sehenswürdigkeit und einem Ausflugsziel der Groß-Berliner Umgebung entwickeln wird, als ein sehr glücklich gelungenes Beispiel neuzeitlicher gärtnerischer Kleinsiedlung bezeichnet.

Land in Sonne.

Die Finanzierung der Dauerkleingärten.

Auf dem Internationalen Kongreß des Kleingärtnerverbandes in Essen sprachen Rektor Förster-Frankfurt, der Vorsitzende des Deutschen Kleingärtner-Reichsverbandes, und der Belgier Crützen-Verviers über die Finanzierung der Dauerkolonien, die von beiden als die Kernfrage des Kleingartenwesens überhaupt bezeichnet wurde. Förster erklärte, daß bei Durchführung der geplanten Dauerkolonien, die den Charakter öffentlicher Parks tragen sollen, der Anteil des einzelnen Gärtchens an den Gesamtkosten nicht wesentlich unter 1000 Mark zu stehen komme, die durch die Eigenkraft des Kleingärtners nicht aufgebracht werden könnten. Staat und Gemeinde müßten sich deshalb an der Finanzierung beteiligen, was für die Gemeinden um so näher liegen müsse, als die Kleingartenanlagen zu öffentlichen Anlagen gestaltet werden sollten, wodurch die Anlage von Parks, Grünflächen und dergl. sich erübrige.

Der Belgier Crützen-Verviers führte aus, in Belgien sei die Pflege der Dauergärten geklärt und in der Verwirklichung begriffen. In einigen Jahren werde Belgien von einer großen Zahl von Organisationen überzogen sein, die jedem, der guten Willens sei, den Erwerb eines bescheidenen Stückes Land ermöglichen würde. Die Regierung, die Provinzial- und die Gemeindeverwaltungen würdigten die Bedeutung des Kleingartenwesens und unterstützten es finanziell.

Die Versammlung nahm sodann eine Entschließung an, in der es heißt, daß den Gemeinden die Verpflichtung erwachse, die Kleingärtnervereine bei der Finanzierung in weitestem Umfange, durch völlige und teilweise Übernahme der Einrichtungskosten sowie durch Gewährung von Darlehen besonders zur Finanzierung der Lauben, zu unterstützen. Die Kleingärtnerschaft sei grundsätzlich bereit, bei der Finanzierung der Kolonien nach Kräften mitzuwirken. Das Kleingartenwesen benötige aber auch weit durchgreifender als bisher der Unterstützung der Regierungen der Länder, da es sich um eine bedeutsame Angelegenheit volkswohlfahrtlicher Art handle, deren gesundheitliche, soziale und kulturelle Bedeutung heute von allen Kreisen der Bevölkerung, den Volksvertretungen und den Behörden anerkannt werde. Der zweite Internationale Kongreß richtet deshalb an die Regierung der Länder die dringende Bitte, zur Durchführung der Aufgaben des Kleingartenwesens ausreichende Beihilfen und unverzinsliche Darlehen bereitzustellen.

Im Anschluß an die Aussprache zum Geschäftsbericht wurde der neue Film des Reichsverbandes deutscher Kleingärtner „Land in Sonne" erstmalig vorgeführt.

Arbeitsmarktbericht.

Das Landesarbeitsamt Westfalen berichtet über die Lage auf dem westfälisch-lippischen Arbeitsmarkt in der Woche vom 29. August bis 4. September 1929:

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung stieg in der vergangenen Woche von 42 318 auf 42 928 Personen an. Sowohl die Arbeitslosenversicherung wie die Krisenunterstützung sind an der Zunahme beteiligt: In der Arbeitslosenversicherung wurden 35 916 (in der Vorwoche 35 383), in der Krisenunterstützung 7012 (in der Vorwoche 6935) Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Seit dem bisher erreichten günstigsten Stand (am 7. August bei 41 533 Hauptunterstützungsempfängern) ist damit bereits ein Wiederansteigen um 1395 Hauptunterstützungsempfänger zu verzeichnen. Es entfallen gegenwärtig auf je 1000 Einwohner 8,3 Hauptunterstützungsempfänger, von denen 7,0 versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung u. 1,3 Krisenunterstützung erhalten. Die entsprechenden Zahlen für den Reichsdurchschnitt liegen höher; von etwa 14,2 Hauptunterstützungsempfängern auf je 1000 Einwohner wurden Ende August etwa 11,7 aus der Arbeitslosenversicherung und 2,5 aus der Krisenunterstützung betreut.

In einigen Wirtschaftszweigen kamen in der letzten wie in der vorhergehenden Woche größere Entlassungen vor. Sie erstrecken sich auf die Metallindustrie mehrerer Bezirke (sowohl auf die Großeisenindustrie, wie auf die metallverarbeitende Industrie) und auf die Industrie der Steine und Erden. Es bestehen aber bezirkliche Unterschiede. Im Siegener Bezirk hielt die günstige Entwicklung der letzten Zeit in der Metallindustrie voll an; im Olper Bezirk sind die Walzwerke befriedigend beschäftigt. Von einigen Konsumgüterindustrien der ostwestfälischen Bezirke sind die Arbeitslosen dieser Branchen jetzt fast völlig wieder aufgenommen worden. Das gilt von der Möbelindustrie im Detmolder und Herforder Bezirk und von der Zigarrenindustrie im Herforder Bezirk, welche in diesem Jahre besonders lange und in besonders großem Umfange den Arbeitsmarkt belastete.

Die Arbeitsämter melden häufig Fälle folgender Art: Eine Firma stellte Arbeiter ein, die vor 14 Tagen entlassen wurden; oder: Eine Firma entließ Arbeiter, die in kurzer Zeit, sobald ein schon erwarteter Auftrag eingeht, wieder eingestellt werden sollen; oder: Eine Firma entließ vorübergehend Arbeiter, weil ausländische Rohstoffzufuhren nicht rechtzeitig eintrafen usw. Die so verursachten kurzfristigen Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt lassen, selbst bei größeren Entlassungen, aus den Vorfällen einiger Wochen ein Urteil über die allgemeine Entwicklungsrichtung nicht zu.

Der Entwicklung des Bauarbeitsmarktes in den Herbstmonaten wird von vielen Arbeitsämtern mit Besorgnis entgegen gesehen. Man befürchtet ein frühes Ende der diesjährigen Bausaison, da wenig neue Bauaufträge vorliegen und die in der Ausführung befindlichen Bauten bald beendet sein sollen. Es besteht die Frage, ob diese Lage auf dem Bauarbeitsmarkt allein auf einen entsprechend geringeren Umfang der gesamten Bauaufträge dieses Jahres gegenüber den Vorjahren zurückzuführen ist, oder ob darin nicht vielmehr auch die zunehmende Beschleunigung des Bautempos zur Auswirkung kommt. Die die Produktionszeit verkürzende Rationalisierung im Baugewerbe kann dazu führen, daß die Beschäftigungszeit während des Jahres intensiviert und verkürzt wird, wenn die Produktion nicht gleichzeitig einen größeren Umfang annimmt.

Die Arbeitsmarktlage im Ruhrkohlenbergbau hat sich in der Woche vom 25. bis 31. August weder nach der günstigen noch nach der ungünstigen Seite hin verändert. Einstellungen und Entlassungen decken sich ungefähr. Die zunehmende Zahl der wegen Absatzmangels eingelegten Feierschichten ist auf kommerzielle Gründe zurückzuführen. Im Arbeitsamt Dortmund wird allerdings eine stärkere Belastung durch die im letzten Bericht erwähnte Stillegung des Uebertagebetriebes der Zeche Germania 1-2 befürchtet.